

LESERFORUM

Leser Peter Ernst Braun, Vorsitzender der CDU-Ortsunion Lünen-Süd zum Thema „Neuaufstellung der Stadtverwaltung“:

Eine absolut lohnenswerte Investition

Ich bin überzeugter Demokrat und vertraue darauf, dass die demokratisch gewählten Mitglieder des Stadtrates bei ihren Entscheidungen den Fokus auf das Wohl der Stadt und der Bürgerinnen und Bürger legen. Das heißt aber nicht zwangsläufig, dass ich persönlich jeden Ratsbeschluss gut finde. In einer Demokratie muss man sich für seine Position halt Mehrheiten suchen. Unverständlich sind für mich die polemischen Äußerungen einiger Akteure im Zusammenhang mit dem gemeinsamen Antrag der CDU- und SPD-Fraktion für die Schaffung einer vierten Beigeordnetenstelle in Lünen. Das ist die Rede von „von oben herab und an uns vorbei“ (Stefan Radau, Personalrat der Stadtverwaltung und GfL-Vorstandsmitglied), „Gutsherrenmentalität“ (Kunibert Kampmann, Rats Herr, GfL) und „Machtgier“ (Tessa Schächter, Ratsfrau, Grüne). Offenbar haben die Zitiergeber das demokratische Grundverständnis noch nicht durchschaut.

Karsten Niehues (Rats Herr, FDP) hat nachgerechnet und kommt auf die großgemachte Zahl von „400.000“ Euro, welche die neue Stelle verursachen wird, obwohl realistische Schätzungen von 160.000 Euro ausgehen. In der ganzen Diskussion über das „Für und Wider“ sollten wir doch zwei Begriffe nicht aus den Augen verlieren: Investition und Rendite. Auch wenn die Stadtkasse klamm ist, macht es dennoch Sinn Geld für eine optimal aufgestellte Stadtverwaltung durch die Schaffung eines weiteren Dezernates zu investieren, um dann eine lohnende Rendite zu erhalten. Diese zahlt sich dann für die Bürgerinnen und Bürgern der Stadt in Form einer effektiveren und zukunftsfähigen Aufstellung der Stadtverwaltung auch bei der Erbringung von Verwaltungsdienstleistungen aus: Termine beim Bürgerbüro sind schneller verfügbar, Baugenehmigungen werden schneller erteilt, die Digitalisierung der Schulen und der Bau von Kitaplätzen wird effektiver vorangetrieben. Ferner erhöht sich die Reaktionsgeschwindigkeit der Stadtverwaltung auf interne und externe Entwicklungen. Unterm Strich also eine absolut lohnende Investition. Es ist wünschenswert, bei der Diskussion auf die Sachebene zurückzukehren.

Wir freuen uns über Ihre Meinung. Schreiben Sie uns – aber nicht zu lang, damit wir möglichst viele Leserbriefe abdrucken können. Wir behalten uns Kürzungen vor. Einsendungen mit vollständiger Anschrift und Telefonnummer bitte an: Lokalredaktion Lünen, Münsterstraße 7, 44534 Lünen, oder per E-Mail an luenen@ruhrnachrichten.de

Berufskolleg-Schüler bekommen frisches Obst

Lünen. Das Lippe-Berufskolleg Lünen (LBK) hat sich für seine Schülerschaft etwas Neues einfallen lassen: Einmal im Monat bietet das LBK nun Schulobst an, das im Pädagogischen Zentrum bereitgestellt wird. Das Obst wird vom Förderverein bezahlt.

Die Idee entstand durch das Team „Gute gesunde Schule“. „Unser Anliegen ist es, durch den einfachen und regelmäßigen Zugang zu Obst eine gewisse Ernährungsbildung zu initiieren, um das Ernährungsverhalten der Schüler positiv zu beeinflussen“, sagt Iris Langer, die als Lehrkraft im Team „Gute gesunde Schule“ arbeitet zu den Hintergründen. *carl*



Der Förderverein unterstützt die Aktion „Schulobst“. FOTO PÜNTMANN

Einführungskurs für iPhone und iPad

Lünen. Die Volkshochschule (VHS) bietet eine Einführung in die Nutzung von iPhone und iPad. Vorgestellt und gelernt werden unter Anleitung gängige Standardprogramme, die Verbindung mit einem drahtlosen Netzwerk, ins Internet zu gehen sowie das Installieren weiterer Apps über den AppStore.

Der Kurs findet ab 21. September (Mittwoch) wöchentlich von 18 bis 19.30 Uhr an fünf Terminen in der Käthe-Kollwitz-Gesamtschule, Dammwiese 8, statt und kostet 55 Euro. Anmeldungen sind erforderlich unter www.vhs-luenen.de oder Tel. (02306) 104-27 00.

Groko zum Streit um Beigeordnetenstelle: „Das ist gut investiertes Geld“

LÜNEN. SPD und CDU planen Großes in der Stadtverwaltung: neues Dezernat, vierte Beigeordnetenstelle, neuen Aufgabenzuschnitt. Die Ausgaben dafür sind auch groß, allerdings weniger als behauptet.

Von Sylvia vom Hofe

Sechs Seiten lang ist der gemeinsame Antrag von SPD und CDU: ein eng beschriebenes Papier, das laut Rüdiger Billeb und Christoph Tölle, den Fraktionsvorsitzenden der beiden größten Parteien im Lünen Rat, eine „Riesenchance“ sei für Lünen. „Wir müssen nur anpassen“, sagt Billeb, „dass es nicht gerade völlig zerredet wird“.

SPD und CDU wollen „Durch Entlastung stärken“

Der SPD-Chef sitzt in der SPD-Geschäftsstelle an der Stadtorstraße. Ihm gegenüber: der Kollege der CDU, Christoph Tölle. Ihr gemeinsamer Antrag „Durch Entlastung stärken“ datiert vom 29. August. Die Reaktionen, die die beiden bekommen haben, seitdem das Papier bekannt ist, wundern sie. „Wir wollen, dass die Stadtverwaltung besser wird für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“, sagt Tölle. Aus beiden Richtungen bekommen sie aber gerade Gegenwind: Protest des Personalrats und Unverständnis aus der Bürgerschaft bezüglich der zu erwartenden hohen Zusatzkosten. „Da fehlen Informationen“, sagt Billeb.

Von 400.000 Euro hatte Karsten Niehues, Fraktionschef der FDP, in der Sonderratsitzung vor zwei Wochen gesprochen. Ein Wert, der in dieser Sitzung unwidersprochen blieb. Tölle und Billeb halten ihn aber für zu hoch gegriffen. Ist er auch, wie Stadtsprecher Da-



Rüdiger Billeb (l.), SPD-Fraktionsvorsitzender, und Christoph Tölle, CDU-Fraktionsvorsitzender, nehmen erstmals ausführlich öffentlich zu ihrem Antrag Stellung, der am Donnerstag (15. 9.) zur Abstimmung stehen wird.



FOTOS SPD/CDU

niel Claeßen am Dienstag (13. 9.) auf Anfrage mitteilt. Inzwischen liege ein realistischer Wert vor:

Stadt nennt Kosten: 165.000 Euro im Jahr

165.000 Euro zusätzlich - jedes Jahr. „Natürlich ist das angesichts der aktuellen Haushaltslage viel Geld“, sagt Billeb. „Aber gut investiertes Geld. Wir bekommen auch einen Mehrwert, wenn wir unsere Führungsmannschaft breiter aufstellen, um im strategischen und operativen Geschäft besser zu werden.“ Etwas, das die Stadt Lünen dringend braucht. Dass das Gros der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rathaus einen sehr guten Job mache und teilweise weit über das Limit hinaus aktiv sei, sei ihnen

durchaus bekannt. Darum gehe es auch gar nicht. Damit diese Anstrengung nicht verpuffe, sei es nötig, die Führungsebene neu aufzustellen - nicht unbedingt wegen der handelnden Personen dort, beeilt er sich zu betonen, sondern wegen der großen Herausforderungen der Zeit: ob die Folgen des Ukrainekrieges mit dem Zustrom von Flüchtlingen, die immer noch nicht überwunden Corona-Krise oder die sich weiterverschärfende Klimakrise.

Reekers Dezernat ächzt unter Aufgabenlast

„Die Verwaltung sieht sich derzeit mit Aufgaben konfrontiert, von deren Tragweite wir bei der Kommunalwahl 2020 noch nichts ahnen konnten.“ Hinzu kä-

men die Aufgaben, die sich schon immer stellten wie Stadtentwicklung, Flächenmanagement und Planung. Die seien ausgerechnet im Dezernat von Arnold Reeker angesiedelt, das schon jetzt unter der größten Aufgabenlast aller Fachbereiche ächze. Die Folge: Planungen zögen sich zu lange hin.

Das neue Dezernat „Innovative Stadt Lünen“ solle Entlastung bieten. „Das neue Dezernat IV soll die in den letzten Jahren immer komplexer und vor allem drängender gewordenen Themen der Stadtentwicklung bündeln“, heißt es in dem Antrag.

Ein anderer Bereich, der besonders stark entlastet werden soll, ist das Dezernat des Bürgermeisters. „Die Herausforderungen für

den Bürgermeister sind neben der Verwaltungsleitung und Repräsentation vielfach von aktuellen Tagesereignissen sowie medialen Ansprüchen geprägt.“

„Die Eignung ist entscheidend, nicht das Parteibuch“

Da noch ein Fachressort zu leiten - zurzeit Bürgerdienste und öffentliche Ordnung - sei „nicht sachgerecht“, schreibt die Groko. Wie Jürgen Kleine-Frauns das selbst sieht, ist offen. Bislang hat er sich nicht öffentlich - heute auch nicht auf Anfragen der Redaktion - dazu geäußert. Dass das neue Dezernat auf Dr. Christian Klicki, den persönlichen Referenten des Bürgermeisters und Leiter der Stabsstelle Wirtschaft, zugeschnitten sei, wie aus der nichtöffentlichen Ältestenratssitzung zu hören war, kommentieren Billeb und Tölle nicht. Wer sich bewerben werde, stehe noch aus.

Der oder die am besten geeignete Bewerbung werde zum Zuge kommen. Ob dabei das Parteibuch eine Rolle spielt? Klicki ist CDU-Mitglied. „Das ist nicht das entscheidende Kriterium in der Auswahl“, sagt Billeb. Zu behaupten, sie hätten die Reform angestoßen, um Parteifreunde im Verwaltungsvorstand zu postieren sei „hanebüchen“.

Warum jetzt die Eile? Lünen solle voran kommen, sagen beide. Und: „Der Zeitpunkt ist günstig, weil zwei Beigeordnetenstellen neu zu besetzen sind.“ Bewerber zu verpflichten und dann ihren Aufgabenbereich neu zu strukturieren, sei „unfair“.

Personalversammlung der Lünen Stadtverwaltung: Die „Kleinen“ sind dabei

Lünen. Das Hilpert-Theater hat am Mittwochmorgen (14. 9.) schon früh geöffnet: Personalversammlung der Stadtverwaltung. Die Fraktionschefs der drei kleinen Parteien werden auch da sein, andere nicht.

Kompromisse machen und dabei auch Kröten schlucken. Das kennen Politikerinnen und Politiker. Gerade die, die keine große Hausmacht haben. Tessa Schächter (Grüne), Andreas Dahlke (GfL) und Karsten Niehues (FDP) gehören dazu.

Sie sind die Fraktionsvorsitzenden der „kleinen Parteien“, wie sie sich selbst nennen mit Blick auf das Wahlergebnis 2020. Die große Koalition aus SPD und CDU kann sie locker überstimmen - wenn dort alle an einem Strang ziehen. „Wir hoffen, dass wir aber den einen oder anderen überzeugen können, dass das dieses Mal keine Gute Idee ist“, sagt Tessa Schächter. Denn auch wenn sie grundsätzlich offen ist für Kompromisse: „Hierbei stehe ich komplett auf der anderen Seite. Ihre beiden Ratskollegen stimmen nickend zu. Wenn die Drei von „Hierbei“ sprechen, meinen sie das Thema, das seit Ende August die politische Dis-



Die drei kleinen Parteien im Rat eint die Kritik an dem Vorstoß der Groko (v. l.): Andreas Dahlke, Tessa Schächter und Karsten Niehues. FOTOS ARCHIV

kussion in Lünen dominiert: die geplante Neustrukturierung der Dezernatszuständigkeiten im Rathaus und die Schaffung einer vierten Beigeordnetenstelle. Die Groko habe sie mit diesem Vorstoß unter der Überschrift „Durch Entlastung stärken“ nach der Sommerpause überrascht. „Vor der Sommerpause hatten sie noch genauso wie wir gefordert, die beiden freien Beigeordnetenstellen zügig auszusprechen und zu besetzen“, sagt Andreas Dahlke. Dass die politischen Mitstreiter ihnen dann auch

noch ein fertiges Papier vorlegten, anstatt sie an dem Diskussionsprozess zu beteiligen, hatte ihnen ebenfalls vor den Kopf gestoßen, genauso wie dem Personalrat der Stadtverwaltung. „Umstrukturierungen mit der Brechstange, ohne die Bestärken einzubeziehen, sind doch zum Scheitern verurteilt“, ergänzt er.

Dass es in der Verwaltung nicht rund läuft, bestätigen alle. Dass das auch ein Problem der Leitungsebene sei, ebenfalls. Dennoch: „Jetzt vom grünen Tisch mit einem fertigen Konzept daher

zu kommen, verschärft die schlechte Situation nur.“ Angesichts der großen Aufgaben, die die Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter derzeit stemmen müssten, sei es „das völlig falsche Signal“.

Zum einen würde es in den nächsten eininhalb Jahren Kräfte binden, die dringend benötigt werden, um die aktuellen Themen anzugehen, sagt Schächter. „Zum anderen verschlingt es Geld, das wir nicht haben“, fügt Niehues dazu. In Zeiten, in denen enorme finanzielle Belastungen auf

die Menschen zukämen - er meint nicht nur die hohen Energiekosten, sondern auch die von vielen als unangenehm gesehene Erhöhung der kommunalen Steuern - „ist das niemandem verständlich zu machen“.

Das wollen „Die Kleinen“ an diesem Mittwochmorgen auch Besuchern der Personalversammlung im Theater mitteilen. Die Groko werde nicht teilnehmen, hatte Personalratsvorsitzender Stefan Radau bereits mitgeteilt. Bürgermeister Jürgen Kleine-Frauns auch nicht, allerdings aus privaten Gründen.

Dass die umstrittene Beigeordnetenstelle eine gute Idee sei, um die Probleme bei der Bewältigung der großen Aufgaben besser zu lösen, glaubt keiner der Drei. „Da würde es mehr helfen, endlich die freien Stellen in den unteren Ebenen zu besetzen“, sagt Dahlke. Das Trio blickt der Ratssitzung mit gemischten Gefühlen entgegen. Die Abstimmung am Donnerstag ab 17 Uhr im Rathaus werde wohl wieder geheim erfolgen: eine Chance, vom Fraktionszwang abzuweichen. Für die Drei, die einzige Chance, die ungeliebte Umstrukturierung abzuwenden. 59-